



Executive Stakeholder Summary

Projektnummer	406840-143136
Projekttitel:	Nachhaltige Bodenpolitik und grossflächige Landakquisition mit Schweizer Beteiligung
Projektleiter	Stephan Rist
Weitere Projekverantwortliche	Thomas Cottier, Stefan Mann

Contribution(s) to thematic synthesis:

<input checked="" type="checkbox"/> Boden und Nahrungsmittel- produktion	<input type="checkbox"/> Boden und Umwelt	<input checked="" type="checkbox"/> Raumentwicklung	<input type="checkbox"/> Bodendaten, Methoden und Instrumente	<input checked="" type="checkbox"/> Bodenpolitik
--	--	---	---	--

Ort, Datum: Bern, 23. April 2016

Hintergrund

Das Forschungsprojekt «Land grabbing» untersuchte den Fall einer grossflächigen Landinvestition durch die in Sierra Leone tätige «Addax Bioenergy (ABSL)», einer Tochtergesellschaft der in der Schweiz ansässigen Erdölfirma «Addax Oryx Group (AOG) Energy». Die ABSL pachtet 2008 54'000 ha Landwirtschaftsland in der Region von Makeni für eine Dauer von 50 Jahren und einer optionalen Verlängerung von 25 Jahren. Die Projektkosten von 267 Mio. EUR finanzierten im Wesentlichen private Investoren sowie neun nationale und internationale öffentliche Organisationen der internationalen Entwicklung.

ABSL bewirtschaftete eine Monokultur von 10'000 ha Zuckerrohr, sowie 4'300 ha für ökologische Ausgleichsflächen und Reisanbau. Die jährlich produzierten 85'000 m³ Bioethanol wurden in die EU exportiert. Mit den pflanzlichen Überresten wurde ein Elektrogenerator betrieben, der theoretisch bis zu 20 Prozent des nationalen Stromverbrauchs decken konnte. Die Bioethanolproduktion stimmte mit den freiwilligen Richtlinien des «Roundtable on Sustainable Biofuels (RSB)» überein und erfüllte damit die EU-Kriterien in Bezug auf Landnutzung sowie Treibhausgasemissionen für Biotreibstoffe.

Damit das Projekt die minimalen RBS-Anforderungen hinsichtlich der Nachhaltigkeitsindikatoren erfüllte, erfolgten zahlreiche ex-ante-Beurteilungen. Zudem wurden zu Beginn und während der Projektumsetzung Haushaltsbefragung durchgeführt, um die Projektwirkungen überprüfen zu können. Dem Forschungsteam wurden jedoch nur sehr wenige, nicht weiter verwertbare Daten zur Verfügung gestellt. Es war deshalb unmöglich eine unabhängige Beurteilung durchzuführen.

Als Antwort auf den Verlust von grossen Anteilen des Kulturlandes hat ABSL eine Reihe von Verträgen mit den Landbesitzern und verschiedenen staatlichen Stellen abgeschlossen, die im Rahmen von Gesprächen mit einzelnen Akteuren und Treffen mit der Gesamtbevölkerung ausgehandelt worden waren. Diese Treffen fanden meistens in informellen Rahmen, manchmal mit der Unterstützung des Dorfoberhaupts und weiteren Vertretern des Dorfes statt. Die Verquickung von lokalen Eliten, Landbesitzern, Staat und Firma führte dazu, dass sich Landpächter, Migranten, Frauen und Jugendliche kaum getrauten, ihre Sichtweise dezidiert in den Aushandlungsprozess einzubringen.

Wegen der Ebolaepidemie hat die Fabrik fuhr im Herbst 2014 ihre Produktion über mehrere Monate auf ein Minimum heruntergefahren. Da auch die sozio-ökonomischen Aktivitäten privater und öffentlicher Akteure fast vollständig zum Stillstand kamen, blieb der Bevölkerung nichts anderes übrig als zu Hause zu bleiben. Wahrscheinlich unter dem Eindruck des drastischen Zerfalls der Energiepreise hat ABSL im Juli 2015 die Produktion erneut gestoppt und produziert seither weder Ethanol noch Elektrizität. Die temporär Angestellten sind entlassen, die anderen freigestellt worden. Ziel war es einen neuen Investor zu finden. Anfang 2016 liefen nicht bestätigte Verhandlungen, angeblich mit einer Firma aus England.

Ziel

Das Hauptziel des Projekts «Land grabbing» war herauszufinden, wie eine von einer Schweizer Firma vorgenommene Investition in die grossflächige Akquisition von Agrarland in Sierra Leone für den Anbau von Zuckerrohr aus der Sicht der Nachhaltigkeit zu beurteilen ist. Diese Fragestellung wurde über folgende Teilziele beantwortet:

- 1) Entwicklung eines konkreten konzeptionellen Rahmens mit entsprechenden Indikatoren, die auf die Untersuchung der Nachhaltigkeit grossflächiger Landakquisitionen zugeschnittenen ist.
- 2) Untersuchung der Auswirkungen des Schweizer Projektes der grossflächigen Landakquisitionen aus der Sicht der entwickelten Nachhaltigkeitsindikatoren.

- 3) Herausarbeiten politischer und regulatorischer Massnahmen und Grundbedingungen die in Ursprungsländer der Investitionen (z.B. Schweiz, EU), auf internationaler Ebene (z.B. UN, bilateral) und in den Zielländern sicherstellen könnten, dass grossflächige Landakquisitionen mit den Grundlagen einer nachhaltigen Bodennutzung in Einklang gebracht werden können.

Resultate

Bedeutung für die Forschung

- Ein umfassender konzeptioneller Rahmen für die Nachhaltigkeitsbewertung grossflächiger Landinvestitionen wurde erstellt und angewendet.
- Es wurde eine der sehr seltenen, unabhängigen und grossangelegten Analysen erstellt, die Auskunft gibt zu positiven und negativen Auswirkungen innerhalb und ausserhalb eines Gebietes, in welchem grossflächige Landinvestitionen erfolgten.
- Anhand des konkreten Beispiels konnten die ethischen und rechtlichen Hintergründe, nach denen solche grossflächigen Landinvestitionen beurteilt werden, explizit und damit diskutierbar gemacht werden.
- Auf der Grundlage des Fallbeispiels konnte aufgezeigt werden, welche rechtlichen Anpassungen auf internationaler Ebene, in den Ursprungs- und den Zielländern vorgenommen werden müssten und welche Verpflichtungen die Schweiz als Sitz des Hauptinvestors des Projektes in Sierra Leone wahrnehmen müsste, damit das Projekt nationalen und internationalen Standards am besten entsprechen kann und zu einer nachhaltigen Entwicklung vor Ort beitragen würde.
- Zudem konnte aufgezeigt werden, wie die Vor- und Nachteile eines entsprechenden Projekts gegeneinander abgewogen werden können, wenn ein utilitaristischer Ansatz mit einem Menschenrechtsansatz ergänzt wird.

Den Projektergebnissen liegen folgende drei Analysekatoren zugrunde:

- A) Sozio-ökonomische Analyse der lokalen Auswirkungen
- B) Analyse der rechtlichen Lage in den Ziel-, den Ursprungsländern und auf internationaler Ebene
- C) Analyse der ethischen Beurteilung

A) Sozio-ökonomische Analyse der lokalen Auswirkungen

Eckpunkte der Nachhaltigkeitsbeurteilung grossflächiger Landakquisitionen

Aufgrund einer weitgefassten Literaturrecherche und Diskussionen mit Betroffenen und Beteiligten in Afrika und in der Schweiz konnten folgende *Eckpunkte einer Nachhaltigkeitsbeurteilung grossflächiger Landakquisitionen* identifiziert werden:

- Neben den direkten Auswirkungen von Projekten, müssen sowohl der Prozess der Implementierung als auch die Feedbackmechanismen zwischen Investoren, der sie normalerweise unterstützenden Regierungen und der betroffenen Lokalbevölkerung und kritische zivilgesellschaftliche Organisationen (NGO, soziale Bewegungen) in die Analyse miteinbezogen werden. Neben den klassischen **Zustandsindikatoren** (z.B. über Armutsverteilung, Einkommenszuwachs, Schaffung von Arbeitsplätzen und Ausbildungsmöglichkeiten, Nahrungsmittelsicherheit, Arbeits- und Flächenproduktivität, Umweltbelastungen, Biodiversitätsreduktion usw.) sind auch **Prozessindikatoren** zu berücksichtigen. Als wichtige Beispiele wurden folgende Grundfragen identifiziert: Wie weit entsprechen die Aushandlungsprozesse von Leasing-, Pacht- oder Kaufverträgen nationalen und internationalen Standards von Transparenz, Fairness demokratischer Teilhabe und den allenfalls tangierten Menschenrechten? Dazu gehört insbesondere auch das so genannte Prinzip des *Free*

prior and informed consent, gemäss dem Regierungen und Investoren verpflichtet sind, indigene oder traditionelle Gemeinschaften transparent, vollumfänglich und verständlich über Ausmass, mögliche Folgen und Massnahmen zur Kompensation von negativen Einflüssen grossflächiger Landinvestitionen zu informieren und nur nach deren ausdrücklicher Einwilligung Projekte implementieren können.

- Investitionen in grossflächige Landakquisitionen bedeuten in der Regel die irreversible Umwandlung vielgestaltiger Kulturlandschaften in grossflächige Monokulturen. Sie führen nicht nur zu einer drastischen Reduktion der lokalen Bio- und Agrobiodiversität, sondern auch dazu, dass die vielseitige Landnutzung von den mit Monokulturen verbundenen Arbeits-, Boden-, und Geldmärkten abhängig wird.

Die Nachhaltigkeitsbewertung muss auch berücksichtigen, in wie weit **grossflächige Landinvestitionen die sozial-ökologische Vulnerabilität und Resilienz beeinträchtigen**. Die Resilienz gibt dabei wieder, wie schnell sich lokale Gesellschaften nach einem Schockereignis wie gewaltsamen Konflikten, grossflächigen Gesundheitsstörungen (Ebola), Naturkatastrophen, abrupten Preiseinbrüchen angebaute Produkte, verkaufter Arbeitskraft oder dem starken Anstieg von Nahrungs- oder Treibstoffpreisen erholen können.

- Neben Resilienz, Zustands- und Prozessindikatoren muss eine umfassende Nachhaltigkeitsanalyse auch die **systemischen Auswirkungen berücksichtigen**, wie die Veränderungen der Regeln, die das Verhältnis von Mensch-Arbeit und Mensch-Natur regeln. Sie muss deshalb berücksichtigen, in wie weit reziproke, solidarische und auf Kooperation basierende Arbeits-, Sozial- und Naturbeziehungen traditioneller Lokalgesellschaften so umgestaltet werden, dass Arbeit, Natur und monetäre Austauschbeziehungen (Geld als Zahlungsmittel) zu eigentlichen «Waren» werden. Die Risiken und Chancen derartiger, neu entstandener kapitalistisch organisierter Arbeits-, Geld- und Bodenmärkte für die davon betroffenen Lokalgesellschaften müssen ebenfalls in die Nachhaltigkeitsbilanz einbezogen werden.

Systematisch-komparative Untersuchung der lokalen Auswirkungen grossflächiger Landinvestitionen

Der transdisziplinäre Ansatz der Forschungsarbeit hatte eine intensive und teilweise kontroverse Kommunikation mit Vertretern der betroffenen Lokalbevölkerung, den sie unterstützenden NGO und Vertretern von Investoren zur Folge. Dabei zeigte sich ein generelles Muster: Sowohl Befürworter als auch Gegner der getätigten grossflächigen Landinvestition bezogen sich oft auf Einzelinformationen, die sich als Einzelaspekt oder zumindest als eine Sichtweise unter den Beteiligten auch in der Forschungsarbeit finden liessen. Beide «Lager» hatten jedoch Schwierigkeiten, die positiven oder negativen Folgen klar und sachlich nachvollziehbar mit den Folgen des Projektes in Beziehung zu setzen. Es zeigte sich auch, dass die Möglichkeiten zur Analyse und der Dokumentation der Auswirkungen des grossflächigen Zuckerrohranbaus sehr unterschiedlich verteilt waren. Die Lokalbevölkerung hatte ausser der Teilnahme an den Diskussionen innerhalb ihrer eigenen Organisationsstruktur und an den von der Firma organisierten «Informationsveranstaltungen» kaum Möglichkeiten ihre Sichtweise in die intensiven gesellschaftlichen Debatten einzubringen. Dieser Nachteil wurde durch lokale NGO etwas gemildert, die die Lokalbevölkerung bei der Artikulierung von Anliegen unterstützt haben.

Die Firma, die das Projekt implementiert, hat eine eindrückliche Zahl von Studien vor und nach der Projektimplementierung anfertigen lassen. Sie hat eine grosse Anzahl an ökonomischen, sozialen, demographischen, gesundheitlichen und ökologischen Parameter abklären lassen. Bei der Kommunikation dieser Daten wurde jedoch lediglich auf die generellen Schlussfolgerungen der Studien eingegangen, indem beispielsweise

berichtet wurde, dass sich die Nahrungsmittelsicherheit der Lokalbevölkerung verbessert habe. Auf welchen Daten solche Aussagen beruhten, konnte vom Forschungsteam nicht in Erfahrung gebracht werden. Der Grund dafür lag in den hohen legalen Hürden und restriktiven Bedingungen, die die Firma für die Kooperation mit dem Forschungsteam aufgestellt hatte. Aus diesem Grund war die abundante Information der Firma für eine Bilanzierung der Auswirkungen nicht viel mehr Wert als die vergleichsweise geringe Information, die die «andere Seite» zur Verfügung stellen konnte.

Um in dieser Situation seitens der Forschung eine weitere Perspektive in die Diskussion einbringen zu können, haben wir die ursprünglich geplanten Einzelfallstudien zu wichtigen noch nicht genügend erforschten Themen durch eine grossangelegte Haushaltsbefragung ergänzt. In enger Zusammenarbeit mit der lokalen Universität von Makeni wurden insgesamt 882 Haushalte befragt – 592 im Gebiet des Zuckerrohrprojektes und 290 in einem Nachbargebiet, das vom Projekt nicht tangiert ist. Die Gebiete wiesen vor der Projektimplementierung praktisch gleiche Landnutzungssysteme und eine sehr ähnliche Sozialstruktur auf. Durch den Vergleich lässt sich besser nachweisen, welche Veränderungen stattgefunden haben und welche Veränderungen effektiv auf die Landinvestition zurückzuführen sind. Zudem liefert diese grossangelegte Haushaltsuntersuchung Informationen über die prozentuale Verteilung von Einzelmerkmalen, die vorgängig in qualitativen Studien identifiziert wurden.

Die wichtigsten Ergebnisse dieser systemtisch-komparativen Haushaltsbefragung sind:

- Im Gesamtdurchschnitt ist das pro Familie landwirtschaftlich genutzte Land im Einzugsgebiet im Vergleich zum Gebiet ausserhalb um 73% geringer (2.53 ha statt 9.16 ha). Landlose sind von dieser Verminderung stärker betroffen (-70%) als Landbesitzer (-50%).
- Das gesamte Geldeinkommen ist im Projekteinzugsgebiet mit 1288 USD/Jahr lediglich 18% höher, als ausserhalb des Projektgebietes (1069 USD/Jahr). In Anbetracht der enormen Investitionen ist das ein eher ernüchterndes Resultat. Die leicht positive Differenz auf der Einkommenseite, muss zusätzlich kritisch bewertet werden, wenn wir berücksichtigen, dass sich im Untersuchungsgebiet die Ausgaben für Nahrungsmittel um 16% (1244 USD) im Vergleich zum Gebiet ausserhalb erhöht haben (1045 USD/Jahr). Daraus ergibt sich, dass praktisch das gesamte Mehreinkommen im Projektgebiet für die – wegen stark reduzierter Landwirtschaftsaktivitäten – gestiegenen Ausgaben für den Kauf von Nahrungsmitteln verwendet werden müssen. Einkommensmässig handelt sich somit praktisch um ein Nullsummenspiel, bei dem die Bauernfamilien aber einen guten Teil ihrer früheren Subsistenzgrundlage verloren haben und in eine direkte ökonomische und soziale Abhängigkeit vom kommerziellen Anbau von Zuckerrohr durch die Firma ABSL gebracht wurde.
- Vor allem wegen Arbeiten beim Roden der Kulturlandschaft und dem Aufbau von Plantagen und Fabrik beträgt das Einkommen aus Lohnarbeit ausserhalb der eigenen Landwirtschaft im Projektgebiet 655 USD/Jahr, im Vergleich zu 535 USD/Jahr ausserhalb des Projektgebiets.
- Der Rückgang der in der Landwirtschaft eingesetzten Arbeitskraft (v.a. durch mehr Arbeit für die Firma) hat zu einer Verknappung der verfügbaren Lohnarbeit auf den Feldern im Untersuchungsgebiet geführt. Die Kosten für Arbeiter auf den eigenen Feldern sind im Vergleich zum Gebiet ausserhalb des Projektes praktisch doppelt so hoch (64 USD/ha zu 34 USD/ha).
- Das Einkommen aus der Herstellung von Holzkohle oder das Sammeln von Ölfrüchten aus den nun in Zuckerrohrplantagen umgewandelten Wald-Commons liegt im Untersuchungsgebiet um 80 Prozent (Holzkohle), beziehungsweise um 25 Prozent (Sammeln von Ölfrüchten) tiefer als ausserhalb.

- Der Reisertrag liegt im Projekteinzugsgebiet mit 170 kg/ha deutlich tiefer als auf den traditionellen Reisfeldern (ausserhalb) des Untersuchungsgebietes (250 kg/ha) deutlich.

Insgesamt hat das Projekt den lokal betroffenen Haushalten erlaubt, ihre Einkommenssituation und Ernährungssicherheit vor allem durch starke Expansion von Lohnarbeit deutlich zu verbessern. Demgegenüber steht jedoch eine signifikante Reduktion der Anzahl Einkommensquellen aus Landwirtschaft (verfügbare Gesamtfläche, Reduktion der Reiserträge, Rückgang der Möglichkeiten von Holzkohleproduktion, Sammeln von Ölfrüchten). Dies hat zur Folge, dass die Familien im Untersuchungsgebiet anfälliger sind auf Fluktuationen und Krisen ausserhalb der Landwirtschaft sind. Die gravierenden Auswirkungen einer solchen Abhängigkeit haben die Menschen im Untersuchungsgebiet gleich zweimal nacheinander erlebt: Erst durch die Ebolaepidemie und dann mit der Sistierung der Ethanolproduktion nach dem Entscheid von ABSL, das Projekt zu verkaufen.

Der Wiedereinstieg in eine intensivere Landwirtschaftsproduktion in solchen Extremsituationen ist im Projektgebiet stark behindert oder gar irreversibel geworden: Die verfügbare Landwirtschaftsfläche und die Reiserträge sind stark vermindert. Die Rodung der Wälder versperrt auch weitgehend die Möglichkeiten das Einkommen wieder über Holzkohleproduktion oder das Sammeln von Ölfrüchten aufzubessern. Die drastische Reduktion des Geldeinkommens führt auch dazu, dass die Ernährungssicherheit im Untersuchungsgebiet in Krisensituationen weit unter derjenigen ausserhalb des Projektgebietes zu liegen kommt. Die verstärkte Anfälligkeit geht einher mit einer signifikanten Abnahme der Resilienz. Diese systemischen Auswirkungen der grossflächigen Landinvestition wurden in keiner der vielen Machbarkeitsstudien zum Projekt untersucht. Die entsprechenden Vulnerabilitäts- und Resilienzrisiken wurde deshalb weder von der Regierung, noch von der Firma als mögliche Auswirkung gegenüber der Bevölkerung erwähnt. Damit hat niemand *das* grosse Risiko, das in zwei aufeinanderfolgenden Wellen über die Lokalbevölkerung einbrach, vorhergesehen.

Daraus ergibt sich die dringende Notwendigkeit, vor der Implementierung solcher Projekte, eine Vulnerabilitäts- und Resilienzanalyse zu erstellen, und einen Notfallplan mit entsprechenden Verantwortlichkeiten und Finanzierungsmöglichkeiten durch diejenigen zu definieren, die solche Projekte vorantreiben.

Landpachtverträge bevorteilen Eliten überdurchschnittlich

Abhängig davon, wie gross der Landbesitz in einem Dorf insgesamt ist, erhält die Gruppe der Landbesitzer mit deren Familien einen jährlichen Zins zwischen 2500 und 11'000 USD mit einem Durchschnittswert von 5000 USD pro Dorf. Seit Beginn der Zahlungen hat jedes Dorf ein eigenes System entwickelt, wie die Zahlungen innerhalb der verschiedenen landbesitzenden Familien verteilt werden sollen. Üblicherweise erhält das Familienoberhaupt das Geld und gibt davon einen Teil an den ältesten Sohn und dessen Frau und Kinder gemäss eigener Regeln weiter. In zwei Dörfern gilt die Regel, vom Pachtzins jedem Dorfbewohner mindestens 1,25 USD weiterzugeben.

In fünf Dörfern erklärten die Pächter, nie Geld erhalten zu haben. Wir stellten fest, dass dies vor allem dann der Fall war, wenn es sich um Nachkommen von «Migranten» oder «Fremden» handelte, deren Landnutzungsrechte eingeschränkt sind, auch wenn sie schon seit mehreren Generationen in der Region ansässig sind. Land ist in der Region von Temne seit je her reichlich vorhanden, aber es mangelt an Arbeitskräften. Dies begünstigte eine Landverleihung zu fairen Konditionen, etwa im Austausch gegen Arbeitskraft oder Erzeugnisse. Mit der Einführung des Pachtzinses begann sich die Situation zu ändern: Die lokale Arbeitskraft verlagerte sich zunehmend vom Familienbetrieb weg in Richtung kurzfristiger Lohnarbeit in Fabriken oder auf

Zuckerrohrfeldern. Zudem ist Landbesitz nicht mehr durch das Bedürfnis motiviert, eine hohe Selbstversorgung für das gesamte Dorf zu schaffen, sondern wird als monetäres Gut betrachtet, das es einer limitierten Zahl von Familien erlaubt, vom Pachtzins zu leben. Einige Familien brauchen den Pachtzins zudem, um Arbeitskräfte für den Anbau von cash crops anzuheuern. Wir beobachteten, dass die Verstärkung der sozio-ökonomischen Ungleichheiten zwischen den verschiedenen Familien manchmal ganze Dorfgemeinschaften in Mitleidenschaft zog, besonders, wenn es sich um so genannte «Gastdörfer» handelte, die sich seit jeher aus Migranten oder Pächtern zusammensetzen, die kaum Zugang zu Krediten haben.

B) Analyse der rechtlichen Lage in den Ziel-, den Ursprungsländern und auf internationaler Ebene

Exponenten der modernen Völkerrechtslehre argumentieren, dass Boden- und Landressourcen als «Common Concern» zu betrachten sind, was eine geteilte Verantwortung von Gast- und Sitzstaaten, der internationalen Gemeinschaft und der privaten Akteuren nach sich zieht. Ein solcher Verantwortungsrahmen ergibt sich bereits aus den bestehenden Menschenrechtsverträgen. Für grossflächige Investitionen in Land im Globalen Süden bedeutet dies, dass die regulatorische Auswirkungen der Investitionen in den Blick genommen werden müssen. Es ist danach zu fragen, inwieweit die Investition zu einer inklusiven Entwicklung des Agrarsektors beiträgt, inwieweit zu einem gesundem Staatshaushalt oder inwiefern sich die Investition auf Landreformen und die Ausgestaltung von Märkten auswirkt? Dies setzt unter anderem voraus, dass auch die Verträge, die einer Investition zugrunde liegenden, einer Menschenrechts- und Umweltprüfung unterzogen werden.

Der untersuchte Fall zeigt, dass eine Investitionen erst dann als nachhaltig bezeichnet werden kann, wenn die zugrundeliegenden Verträge transparent und ausgeglichen ausgestaltet sind, wenn Steuern am Ort der Wertschöpfung bezahlt werden und die oben gestellten Fragen untersucht und an den Menschenrechten und den internationalen Umweltstandards gemessen worden sind. Gast- und Sitzstaaten können, zusammen mit der internationalen Gemeinschaft und den privaten Akteuren, über eine bessere Abstimmung ihrer investitionsrelevanten Politiken auf die Nachhaltigkeitsziele viel zur Nachhaltigkeit von Landinvestitionen beitragen. Hier besteht noch viel Handlungsbedarf.

Wie der untersuchte Fall zeigt, verlangt der «Roundtable on Sustainable Biofuels (RSB)» nicht, dass die Verträge, die die Investorin mit der Regierung abschliesst, auf deren Ausgewogenheit hin untersucht werden. So wurde im vorliegenden Fall ein Unternehmen als «nachhaltig» gelabelt, das einen langfristigen Steuererlass ausgehandelt hat und problematische Stabilitäts- und Gerichtsstandsklauseln im Vertrag enthält. Aus Menschenrechtssicht ist das problematisch. Auch die vom RSB inspirierten Nachhaltigkeitsstandards für Agrotreibstoffe der Schweiz und der EU setzen keine vorgängige Vertragsprüfung voraus. So bleibt ein wichtiger Hebel ungenutzt, der sicherstellen könnte, dass Grossinvestoren ihren Gewinn im Investitionsland angemessen versteuern und die Verträge sich auch sonst nicht nachteilig auf die weitere Rechtsentwicklung auswirken. Dieser Umstand ist auch mit der Tatsache verknüpft, dass die internationale Steuer- und Investitionsregulierung noch weitgehend unausgereift ist, was am untersuchten Fall deutlich sichtbar wurde. Auch weisen die durch internationale Entwicklungsbanken angestossenen Investitionspolitiken in verschiedene Richtungen (gleichzeitige Förderung von kleinräumiger Landwirtschaft und der Agroindustrie) und werden zu wenig zusammengeführt. Weiter hat sich gezeigt, dass die Verschärfung der Nachhaltigkeitsstandards im EU Recht zu einer unsicheren Rechtslage führt und zum gegenwärtigen Stillstand des Projekts beiträgt, was wiederum für die direkt betroffene Bevölkerung sehr problematisch sein kann. Nachhaltigkeitsstandards sollten deshalb sehr sorgfältig und unter Abwägung aller Vor- und Nachteile gesetzt werden. Die Analyse der

Rechtslage und der politischen Situation hat allerdings auch gezeigt, dass die untersuchte Grossinvestition dank des unkonventionellen Umgangs mit informellen Landrechten in Sierra Leone einen Landrechts-Reformprozess angestossen hat, der von der FAO als beispielhaft bezeichnet wird.

C) Analyse der ethischen Beurteilung

Obwohl Untersuchungen zu grossflächigen Landnahmen oft eine explizite oder implizite normative Wertung zu Grunde liegt, kommt diese Wertung selten durch ein sorgfältiges Abwägen der Vor- und Nachteile zustande. Die vorliegende Studie verwendet Beurteilungsmethoden aus einem gut erforschten Landnahme-Projekt in Sierra Leone, um zu zeigen, dass ein utilitaristischer Ansatz dazu, neigt positive Effekte hervorzuheben, wobei deontologische (pflichtethische) Ansätze eher negative Aspekte betonen. Innerhalb der Menschheitsgeschichte stellt die Landnahme vermutlich die radikalste Landnutzungsveränderung dar. Eine ausgewogene Evaluierung dieses drastischen Transformationsprozesses stellt entsprechend eine Herausforderung dar. Mit unseren Forschungsarbeiten zeigen wir einen Bewertungsrahmen auf, der auf die Optionen der lokalen Bevölkerung fokussiert, gleichzeitig aber die Grenzen der Akzeptabilität auf Basis grundlegender Menschenrechte aufzeigt. Darüber hinaus müssen die systemischen Auswirkungen eines Landnahmeprojekts betrachtet werden.

Bedeutung für die Praxis

Die durchgeführten Untersuchungen erlauben eine ganzheitliche Beurteilung grossmassstäbiger Investitionen in landwirtschaftliche Fläche. Dies wird helfen, den rechtlich-politischen Umgang mit Produkten aus solchen Projekten (Biotreibstoffe, Agrarrohstoffe usw.) auf eine fundierte Basis zu stellen.

Die internationale Verfügbarkeit unserer Ergebnisse erlaubt aber auch Entscheidungsträgern betroffener Regionen eine fundierter Folgenabschätzung geplanter und bestehender Investitionen in Agrarfläche.

Es zeigt sich die dringende Notwendigkeit, vor der Implementierung derartiger Projekte eine Vulnerabilitätsanalyse zu erstellen und einen Notfallplan mit entsprechenden Verantwortlichkeiten und Finanzierungsmöglichkeiten zu definieren.

Sofern grossflächige Landinvestitionen proaktiv umgesetzt werden, können sie Hinweise darauf geben, wie die Agrartransformation über die grossflächigen Landinvestitionen hinaus durch eine Politik ergänzt werden muss, die auch die Zusammenhänge mit möglichen – und oft geforderten - Landreformen aufzeigt.

Empfehlungen

- Grossflächige Landinvestitionen müssen neben der Abklärung von Menschen-, Umwelt- und Gesundheitsabklärungen wirksame Massnahmen vorsehen und implementieren können, die verhindern, dass Einnahmen aus Leasing-Verträgen und anderen Abgaben nur einer beschränkten Elite zukommen («elite-capture»).
- Eine faire Beteiligung von landbesitzenden und landbesitzlosen Familien muss Teil der staatlichen Regulierung und des Aushandlungsprozesses bei grossflächigen Landinvestitionen werden. Nur mit Landbesitzern ausgehandelte Verträge unterstützen «elite capture». Sie verstärken bestehende – oder schaffen neue – soziale Spannungen und ökonomische Unterschiede zwischen Landbesitzern und Landnutzern und sind eindeutig nicht nachhaltig.

- Vor der Implementierung grossflächige Landinvestitionsprojekte ist eine Vulnerabilitätsanalyse zu erstellen und ein Notfallplan mit entsprechenden Verantwortlichkeiten und Finanzierungsmöglichkeiten durch diejenigen zu definieren, die solche Projekte vorantreiben.
- Private Nachhaltigkeitslabel sollten umfassender formuliert werden, insbesondere
 - ist eine Vulnerabilitäts- und Resilienzanalyse der zu erwartenden Veränderung zu erstellen
 - müssen die Informationen, die zur Erteilung derartiger Labels führen, der öffentlichen Prüfung vollumfänglich zugänglich sein, da ansonsten eine öffentliche Kontrolle der Labels nicht möglich ist und sie deshalb einen zentralen Zweck verfehlen.
 - müssen alle Aspekte der Nachhaltigkeit einbezogen werden. Insbesondere der Frage, ob die Verträge zwischen der Investorin und der Regierung ausgewogen ausgestaltet sind, muss besonderes Gewicht eingeräumt werden.
- Die Investitions-, Handels- und Steuerregulierung der Gast- und Sitzstaaten und der internationalen Gemeinschaft ist auf eine nachhaltige Boden- und Landnutzung abzustimmen. Dies erfordert u.a.
 - den Abschluss von Investitionsschutzverträge, die nicht nur die Interessen der Investoren schützen, sondern sie auch zu einer nachhaltigen Umsetzung des Projektes verpflichten
 - die Formulierung von Handelsverträgen in einer Art, dass nachhaltig erzeugte Produkte Marktzugang in den Globalen Norden erhalten
 - die Formulierung von Nachhaltigkeitsstandards, die nicht zum Ausschluss, sondern zum Einschluss von nachhaltig (und v.a. kleinräumig) erzeugten Produkten führt
 - eine Begrenzung des internationalen Steuerwettbewerbs über die globale Steuerregulierung, sodass die Anbauländer von Steuereinnahmen profitieren können.